

Protokolleintrag vom 09.06.2004

2004/265

Beschlussesantrag von Walter Angst (AL) und 9 M. vom 26.5.2004: Einbürgerungen, ausschliessliche Erhebung von Kanzleigebühen

Walter Angst (AL) begründet den Beschlussesantrag unter Neufassung des Textes (vergleiche Protokoll-Nr. 2924/2004).

Dr. Mischa Morgenbesser (FDP) stellt den Ablehnungsantrag.

Der Rat stimmt dem Beschlussesantrag mit offensichtlichem Mehr zu.

Damit ist beschlossen:

Die Bürgerrechtskommission wird aufgefordert, die Bewerberinnen und Bewerber auf den Rekurs gegen die erhobenen Einbürgerungsgebühren hinzuweisen und in der Verfügung einen Rückzahlungsvorbehalt einzufügen, für den Fall, dass die Rekursinstanzen die gegen die Beschlüsse vom 17. März 2004 erhobene Beschwerde gutheissen.

Mitteilung an den Stadtrat.